

Bestags-Preis: 12 Pfennig 12 Blätter monatlich 1 Mark für das Ausland mit dem entsprechenden Rücklage, Neuabonnenten 30 Mk.

Schreibweise und Adressen: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Telegraphen-Nr.: 1367 Fernsprecher der Schlichtung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Der Morgen-Zeitung

Morgen-Ausgabe Sonntag, 26. Oktober 1919

Anzeigen-Preis: Die gelbdruckte Zeile 20 Mk. ... Einzelpreis 15 Pf.

Die Verständigung mit Frankreich

Wir haben vorgelesen und gelesen in ausführlicher Weise die Rede ...

Es ist noch einmal unterstrichen, daß die französische Regierung einen Vertreter für das Rheinland ausgesucht hat ...

Wir erinnern uns nicht, daß Herr Krieger sich so angedrückt hätte ...

„Einen Endes ist die ganze Rede hinsichtlich charakterisiert durch den Satz, daß das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland sich ändern wird ...“

An der Sprache des gütigen Vates soll das bedeuten, Deutschland brauche nur einzufließen, daß die französische Politik nicht mit Routine und Verengung ...

Das Trümbirt

Rothlauf, Drenth, Sudentisch. Amsterd., 25. Oktober. Die „Times“ vom 23. ...

Die lettische Regierung wieder in Riga

Riga, 24. Oktober. Nachlässig aus Riga ...

Der Friede von St. Germain unterzeichnet

Wien, 25. Oktober. Präsident Eloy hat heute ...

204 Milliarden Mark Reichsschulden

Abbau der außerordentlichen Ausgaben unabwendbar

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichstages, die unter Leitung des Reichskanzlers ...

Bei der Ergänzung zum Entwurf des Haushalts der Reichsschulden für das Rechnungsjahr 1919 ...

204 Milliarden Mark betragen, eine ganz ungeheure Summe, da wir vor dem Krieg nur 5 Milliarden Schulden hatten ...

Am Morgen des 30. Januar

Der demokratische Abgeordnete der Nationalversammlung ...

Günstiger Stand der Metallarbeiterverhandlungen

Wien, 25. Oktober. Neben die Schiedsgerichtsverhandlungen ...

Das Weidenhauses

Wien, 25. Oktober. An dem Freitag werden an dem nächsten eine ...

Die amerikanische Friedensvermittlung

Von Reichsrat Dr. v. Michelson

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen des Unterzeichnungsausschusses der Nationalversammlung ...

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung eine Ergänzung zum Haushalt für das Rechnungsjahr 1919 ...

Als Vertreter Weidens besuchte Reichskanzler ...

Der Unterzeichnungsausschuss, der bisher öffentlich getagt hat ...

In den Fesseln der Offizierre

Nicht nur Offiziere, sondern auch Danzig und die Provinz Westpreußen ...

Das Weidenhauses

Wien, 25. Oktober. An dem Freitag werden an dem nächsten eine ...

Das Weidenhauses

Wien, 25. Oktober. An dem Freitag werden an dem nächsten eine ...

Theater, Konzerte u. Spielplan

für Sonntag, den 26. Oktober

Opernhaus. 9 Uhr: Minna von Barnheim. 12.30 Uhr: Die Osterdammerung. Schauspielhaus. 9 Uhr: Minna von Barnheim.

Opernhaus. 9 Uhr: Minna von Barnheim. 12.30 Uhr: Die Osterdammerung. Schauspielhaus. 9 Uhr: Minna von Barnheim.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Reinhold Theater

9 Uhr: Die tolle Stadt. 11 Uhr: Die tolle Stadt.

Kunst und Wissenschaft

Die Finanzpolitik der Staatsoper.

Von ERICH NIEBER.

Die Intendantur der Oper, die bis heute noch nicht weiß, ob sie sich Staatsoper oder Landesoper nennen darf, ist fähig den Zuschauer die furchtbare Wahrheit vorzuführen, was die Angelegenheit der Staatsoper ist. Der Intendant, Herr von Schilling, hat selbst das Wort gesprochen, was die Angelegenheit der Staatsoper ist, und mit dem Hinweis auf die finanzielle Lage der Staatsoper zu entscheiden.

Seite liegt die Sache bald der unglücklichen Finanzpolitik der Staatsoper zu, doch die glückliche Lösung für den Reichs-Opern-Vereinigung und für den verarmten Bürger, vom Reichsgemeinderat, der die Angelegenheit der Staatsoper zu entscheiden hat, ist nicht leicht zu finden.

Das ist ein Punkt zu berufen. Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist. Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Seitens auf die gleiche Höhe wie die Reichsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist. Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Seitens nicht einmal die Einführung regelmäßiger Nachmittagsvorstellungen. Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist. Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Herbsttage an der Misse.

Es ist ein Land, in dem die Misse und die Misse, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Die Angelegenheit der Staatsoper.

Das ist die Angelegenheit der Staatsoper, die die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist, und die Angelegenheit der Staatsoper ist.

Handelsnachrichten

Gegen die Devaluation.

Von
Dr. H. Prastich.

Angesichts des unverändert ungünstigen Standes unserer Valuta im Ausland wird niemand leugnen können, daß es dringend notwendig ist, die Valutafolge dauernd auf der Tagesordnung der öffentlichen Diskussion zu erhalten und nach Mitteln und Wegen auszusuchen, um dem wachsenden volkswirtschaftlichen Elende Deutschlands endlich Einhalt zu tun. Deshalb wird es auch nicht überraschen, daß hier dem letzten Sonntagartikel über den Devaluationsgedanken ein weiterer angefügt wird. Die Notwendigkeit unermüdlichen Nachdenkens über das schwierige Problem erscheint gerade heute um so dringlicher, als ebenerorts gestern ein Aufruf der Reichsbank mit einer Rekordtirade des Noten-umschlags bei ermäßigtem Goldbestande veröffentlicht worden ist, der auf neue daran erinnert, daß die stetige Noteninstabilität außerordentlich ist, gegen die strenge Anforderungen der Reichskasse Widerstand zu leisten und auf diese Weise der Entwertung der Mark im Zahlungsverkehr Einhalt zu tun. Andererseits hatte es zwar am Donnerstag in den Börsenräumen einmal den Anschein, als ob die Spekulation auf den weiteren Rückgang des Markkurses im Auslande durch den drohenden Zusammenbruch des österreichischen Reiches ernsthaft an die Misere unseres eigenen Vaterlandes erinnert worden wäre und deshalb von der Fortsetzung der Effektenhäuse Abstand nehmen wollte, was zur Folge gehabt hätte, daß ein Dutzend anderer Favoriten der letzten Monate fortan billiger einkaufen könnte als bisher. Indessen diese Hoffnung bzw. Befürchtung ist nicht in Erfüllung gegangen, schon am Freitag haben nicht nur neue Deckungs-, sondern auch Meinungskäufe stattgefunden und abermittelt nicht allgemein behaupten kann, daß hier ausschließlich die schlechte Valuta als motorische Kraft anzusehen sei.

Insmerhin zeigen die Wechselkurse, daß die Bekämpfung des deutschen Pflichtheils und Arbeitslohn noch nicht deutlich genug hervorgetreten ist — von verschiedenen Regierungstellen ist von einer solchen Bekämpfung gesprochen worden —, als daß die Auslands- und die Inlandspekulation einen jähren Umkehrpunkt der Markkurse zu befürchten hätten. Die Regierung hat tatsächlich das große Schwergewicht der Notensmaschine weiter rotieren, d. h. die Reichsbedürfnisse an Zahlungsmitteln dauern an und steigern sich, und die letzte Milliarde des vor wenigen Jahren stolzen Goldbestandes von zirka 20 Milliarden wird demnächst angegriffen werden müssen.

Wo ist nun, wenn wir die Schrecken der Devaluation, deren Verwirklichung für alle Schuldner eine unerhörte Entlastung und für alle Gläubiger eine gewaltsame Entschädigung bedeuten würde, für noch abwendbar halten? Wo ist, frage ich, der banktechnisch und valutarisch durchgeführte Finanzmann, der uns den Weg zur Befestigung und Hebung des Papier-Markkurses weisen kann? Herr Erberger hat in einer Rede zu Anfang Oktober seine Meinung dahin geäußert, daß die langsame Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftens, für welche allerdings mancherlei Anzeichen vorhanden sind, eine ebenso langsame Besserung der Valuta bringen werde, doch ist leider anzunehmen, daß dieses Tempo angesichts der politischen Verhältnisse in Deutschland und angesichts der brutalen Eingriffe der Entente in unsere Kräftigungsversuche ein gar zu langsames sein wird und uns inzwischen der Mut vergehen könnte, um alle entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Mag Herr Erberger weiter behaupten, was er will, ich glaube ihm nicht zu nahe zu treten, wenn ich mich einem anderen Manne anschauere, der zu einer Ordnung der Valuta in beschleunigtem Tempo und ohne Devaluation berufen ist.

Was zu geschwehen hat liegt m. E. auf der Hand, sobald man sich den Irrweg klar vor Augen hält, den die Reichsbank bei der Entwertung unserer Valuta gegangen ist. Wir dürfen keinesfalls auf diesem Irrwege durch langsame Ermattung zugrunde gehen, dürfen nicht vier Fünftel unserer Habe von uns werfen, um gewalttätig eine Art Reichsgeld einzuschlagen, der uns vielleicht aus dem jetzigen Wirral herausführt, der aber auch die Möglichkeit einschließt, daß wir nach der definitiven Entäußerung und Vernichtung eines ebenfalls großen Bestandes schließlich doch nicht zu dem Erschützen Ziel gelangen. Sind erst einmal die heutigen Gläubiger um vier Fünftel aller ihrer Forderungen an Kapital und Zinsen beraubt, so haben wir unsere Kreditwürdigkeit gegenüber den übrigen europäischen Großmächten für lange Zeit auf ein Minimum reduziert, während wir heute noch in ständiger Angst, nach dem alten Grundrisse unseres Wirtschaftsbauens ein neues Gebäude zu errichten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich übrigens dem Wunsche eines unserer Leser entsprechen, der sich von den Folgen der Devaluation eine recht richtige Vorstellung zu machen vermogte. Was beispielsweise die von ihm berührten hypothekarischen Schuldverhältnisse anbetrifft, so erhält der Gläubiger nach Abstepelung bzw. Einziehung der Noten im eventuellen Verhältnis von 5 : 2 nur ein von ehemals halbangegebenes für vollwertigen Tausendmarktscheinen zurück und bis zur Fälligkeit der Hypothek auch nur Zinsscheine, deren Wert um vier Fünftel gekürzt ist. In gleicher Weise gestaltet sich das Verhältnis im reinen Bankverkehr. Der Schuldner hat nur noch, die Fünftel seiner alten Schulden, die er noch scheinen abzutragen, und die Bank als Schuldnerin kann vier Fünftel ihrer Schuld abuchen und zahlt selbst auch nur ein Fünftel in neuen Scheinen zurück. In beiden Fällen also gehen die Gläubiger vier Fünftel ihrer Forderungen verlustig. Die Bank selbst aber verringert ihren Verlust in dem Masse, wie sie selbst Schuldnerin ist, eine Tatsache, welche es wohl erkläre macht, daß die großen Kreditbanken und auch die Hypothekendarlehen einer Devaluation mit verhältnismäßig guter „Fassung“ entgegenstehen können. Die Leser betrifft die Veränderung im Aktienbesitz. Die Aktie ist eine Forderung an die

Gesellschaft und würde, nach der Abstempelung der Noten im Effektenmarkt für ein Fünftel ihres früheren Nominalwertes erworben werden können und ihre Dividende würde fortan ebenfalls um vier Fünftel verringert erscheinen. Auch hier ist also der Inhaber der Schuldforderung, der eben sein Geld mit guter Deckung seitens der Reichsbank, d. h. im Goldwert hingehalten hatte, in schwerster Weise geschädigt, und auch hier würde es darauf ankommen, inwieweit die Gesellschaft an sich durch eine mehr oder minder große Verschuldung ihrer eigenen Devaluationsverluste auszugleichen vermög. Die Rechenart wird am einfachsten mit einem Schilbe die vier Fünftel der von ihr in Gestalt von Noten emittierten zinsfreien Anleihe, was natürlich als eine Banknotenerklärung anzusehen ist, denn sie erklärt sich auf den ersten Blick als eine vollwertige Deckung ausgegebenen Noten zum ehemaligen Werte einzulösen. Eine Devaluation kann man sich eine Vorstellung von der gewaltigen Umwälzung machen, welche durch eine solche Transaktion hervorgerufen werden würde, und das erscheint es wohl angebracht, fest zu unterstreichen, daß die heutige Währungsökonomie die Mahnung zu richten, sich den von ihnen vorgeschlagenen Schritt doch noch recht reiflich zu überlegen. Vor allem aber müßte die Reichsbank zu stolz sein, um solche eine Gewaltmaßnahme zu empfehlen, so lange noch die geringste Möglichkeit vorliegt, gerade die wichtigsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Verwirrungen und weitgehender Entkapitalisierung unserer Volkswirtschaft eine natürliche Sicherstellung unserer Valuta zu bewirken.

Gibt es denn nun in Wahrheit etwas einfacheres als das von den heutigen Nationalökonomern schon mehrfach angeraten werden ist, den Weg zur Notendeckung zurück, nicht zur Deckung durch Schuldverschreibungen und Zahlungsverpflichtungen, sondern durch greifbare Realitäten? Das Volk oder Reichsgeld muß bei solider Wirtschaftsführung entweder seinen Deckungswert in sich tragen, d. h. möglichst aus einem Metalle nach seinem jeweiligen ungefähren Marktpreise bestehen, oder es muß lediglich die papierne Repräsentanz dieser Metalle oder anderer deponierter Wertobjekte bilden. Die heutige Münze in deutscher Währung bildet natürlich bei jeder Münze ein stabiles Gewicht, womit jedermann, auch der Ausländer, von der Richtigkeit der ihm gezahlten Beträge überzeugt wird. Aufgabe der Staatsregierung wäre also ein Erlaß an die Reichsbank, die Ausgabe ungedeckter oder wenig gedeckter Reichsbanknoten unter allen Umständen einzustellen und dem Wunsche nach Papiergeld, dessen Unterwertigkeit zuerst zu beseitigen ist, nur in dem Maße zu entsprechen, wo sichere Deckungsunterlagen, sei es in Rohmetall, sei es in anderen wertvollen Waren, gewährt werden. Man wird allerdings wieder klein anfangen müssen, aber unsere Kleinheit sollten wir eigentlich seit Jahr und Tag gewohnt sein und nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben mit dem geringen Wert der Münze in der Wirklichkeit vielfach noch immer den Eindruck hat, als ob wir an unsere Kleinheit nicht zu glauben wägen und als ob die Regierung das Deutsche Reich noch immer nach dem Grundsatze regiert, welche vor dem Weltkriege Zeit größerer Wohlstandes, trotzdem tatsächlich damals durch die Überspannung unserer Kreditwirtschaft das große Unheil vorbereitet wurde.

Inwieweit der monopolistische Charakter der Reichsbank unter den veränderten Verhältnissen aufrechtzuerhalten ist, sein wird ist, wird sich in der Zukunft entscheiden, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß einzelne mehr oder minder abgeschlossene Wirtschaftskreise sich selbst selbständige Institute gründen, welche sich für ihre lokalen Interessen nach staatlichen Normen vollwertigen und vollgedeckten Papiergeld verschaffen, um ihre Wirtschaftsführung den gegebenen Produktions- und Verkehrsverhältnissen anzupassen. Wirtschaftliche Selbstverwaltung statt zentralistischer Vergewaltigung muß in Zukunft die maßgebende Rolle spielen, selbst wenn die Ansicht besteht, daß es sich nicht um alten, für unerschütterlich gehaltenen Grundsatze gebrochen wird. Wenn wir uns immer wieder vorhalten, daß das Staatswesen sich den jeweiligen Bedürfnissen der Volkswirtschaft in erster Reihe anzupassen hat, so muß uns auch die Einzeligkeit der Wirtschaft mit vielen alten Anschauungen zu brechen ist, aber auch der Kaufmann darf nicht von der Überzeugung erfüllt bleiben, daß die Kreditwirtschaft im Volksleben der Weisheit letzter Schluß ist. Geht es ihm, dem Gewaltakt der Devaluation abzuwenden, so wird ihm eine solche Wahrung die sicherste Handhabe geben, um seine frühere Stellung in der Weltwirtschaft wiederzuerlangen.

Das amerikanisch-kanadische Reziprozitäts-Abkommen.

Über die Vorgänge, die den europäischen und für die Friedenszeit auch den deutschen auswärtigen Getreidehändler ein starkes Interesse erregt, das kanadisch-amerikanische Reziprozitäts-Abkommen wieder rückgängig zu machen, erzählt man Näheres aus einem Briefe aus Ottawa, den vor einiger Zeit der „Economist“ mitteilte. Bekanntlich war jenes Abkommen vom Jahre 1911 infolge der Durchbrechung des Handels durch politische Gründe, die die Interessen Kanadas mehr als vorher an die der Vereinigten Staaten knüpfen wollten, aber auch besonders veranlaßt durch Bestrebungen der großen Mühlenindustrie der Vereinigten Staaten. Diese Industrie hatte seinerzeit ihren großen Schicksalsschlag nach England, Holland und dem Lausland Europa zu großem Teil eingeleitet, weil die europäischen Mühlen in der Lage waren, die kanadischen Manitoba-Weizen, die preisvollsten und die schätzbarsten im Produktionslande, zu einem billigeren Preise zu liefern als die Konkurrenz der Union erstlich zurückzuführen. Um hierauf einen Ausgleich zu finden, hat die Mühle der Vereinigten Staaten darauf gedrungen, den fremden Weizen zollfrei zu lassen, können. Ihr Einfluß hatte ein entsprechendes Gesetz durchgesetzt, aber beschränkt mit der Klausel, daß die individuellen Produktionskosten der beiden Länder, die auch die Erzeugnisse der Vereinigten Staaten zollfrei über ihre Grenzen lassen, in die Union ohne Zollzahlung eingeführt werden sollen. Man hat damals als sicher an, daß Kanada sich beugen würde, die Verabredungen für

den freien Verkehr mit dem Nachbarlande zu schaffen. Aber man hatte sich damals in dem Einfluß der englandfreundlichen Partei in Kanada getäuscht. Sie lehnte die Annahme eines Gegenabkommens ab, die amerikanischen Landesprodukte zollfrei einzulassen, zunächst ab, und so blieb eine Zollfrage die amerikanische Reziprozitätsfrage gegenstandslos. Später änderten sich die politischen Verhältnisse, und in Kanada, wo man die Vorteile des neuen Abkommens für einen Teil des Landes sehr wohl verstand, wurde allerdings nur in einzelnen Artikeln, die Zollaufhebung durchgesetzt und damit war vorläufig die Grenze zwischen Kanada und der Union frei. Seit Beginn des Krieges ist der Vorteil des zollfreien Bezuges von Manitoba-Weizen, mit dessen Hilfe der europäischen Mehlmarkt wieder gewonnen werden sollte, für die Mühlenindustrie der Union weitaus wichtiger in den Augen springend gewesen, denn um ihre Überschüsse nach dem Auslande abzusetzen, bedurfte es in den Kriegsjahren keiner besonderen Qualitäten. Es brauchte nur Mehl zu sein, um in jeder beliebigen Masse und zu beliebigen Preisen bei dem Bruch Europas schlankere Verwendung dahin zu finden. Anzuwenden es wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten das ganze Transport- und Exportwesen in die Hand nahm und auch die innere Getreide- und Mehlproduktion mit Beschränkungen und Verwirrungen versehen. Diese Situation bestimme zum Teil noch heute, aber kurz oder lang wird die amerikanische Mühlenindustrie wieder ihr freies Recht und Absatzfeld erhalten, und dann tritt von neuem der Fall ein, daß die auf die zollfreie Erlangung des Manitoba-Weizens das höchste Gewicht legende amerikanische Mehrheit wieder herrscht und alle Neigung zeigt, eine hochschützende Politik zu betreiben, die die Aberrung auch in der Aberrung des kanadischen Imports doch auf harten Widerstand stoßen. Immerhin muß schon die Möglichkeit dieser neuen Aberrung auch in Kanada in landwirtschaftlichen Kreisen schwerste Besorgnisse erwecken, besonders im östlichen Kanada, für dessen Landwirte sich die großen nördlichen Industriebezirke der Vereinigten Staaten beziehen etwa 65-70% ihrer Nahrungsmittel aus anderen Gebieten. Seit Preiswärtung es wurde, hat Kanada die nächste Bezugsquelle, aus der der Riesenbedarf der Nordoststaaten sich befriedigen schaffte. Da die Vereinigten Staaten in allen Preisen unbegrenzten Absatzgebiete im Auslande haben, so berührt sie es wenig, wenn auch starke Einfuhr erfolgt, und man muß nicht annehmen, daß man sich in vollem Umfange annehmen und seine Ausfuhr nicht nur durch einseitig, nicht die volle Zustimmung zum neuen Gesetz ermöglicht hätte, der einseitig wohl hauptsächlich auf seiner Seite gelegen hätte. Jetzt können die Vereinigten Staaten das Reziprozitäts-Abkommen einseitig wieder aufheben, und man wird schutzverwehrt Gesetz folgen, was durchaus nicht ausgeschlossen ist, so wie in Kanada wahrscheinlich die unmittelbare Folge ein scharfer Rückgang am ausländischen Markt sein wird, weil der Eisenabsatz nach der Union ein jähres Ende erreichen würde.

Das Reziprozitäts-Abkommen, wie es früher gezeichnet wurde, ist in der Hauptsache nur ein Erzeugnis der Landwirtschaft. Es wird in den Vereinigten Staaten schwerlich zu den bisherigen Bedingungen wieder zu erreichen sein. Jedes künftige Gegenstück müßte so erwartet man, dem oben erwähnten Briefe zufolge, in Kanada, wird eine beträchtliche Liste von Fabrikanlagen und der schutzröhrlichen kanadischen Fabrikanlagen werden es noch bereuen, daß sie sich dem Abkommensvorschlag von 1911 mit solchem Entgegenkommen haben, daß es in der Hauptsache nur einseitig geblieben war. Der Gegensatz zwischen den Landwirten und den Industriellen wird, wenn es wieder zu Verhandlungen eines neuen Reziprozitäts-Abkommens kommt, hell aufleuchten, aber die Landwirte werden nach den Erfahrungen, die mit dem großen Absatz besonders aller tierischen Produkte nach den nördlichen Vereinigten Staaten gemacht sind, eine weit stärkere Position im kanadischen Parlament den Industriellen gegenüber einnehmen. Der Eisenabsatz in Ottawa, auch für eine Erklärung, daß jede weitere Zollaufhebung in Kanada sehr bedauerlich ist, entsprechende Zollherabsetzungen Kanadas gegenüber den Vereinigten Staaten zur Folge haben sollte.“ Mit anderen Worten, die organisierten Industriellen in Kanada sind bereit, den vollständigen Freihandel mit den Vereinigten Staaten, die Feinde der Getreidepolitik, haben nicht unterlassen, das Argument zu verwenden, daß Großbritannien und Kanada mittels ihrer Politik der Vorzugsbehandlung eine unterschiedliche Zollbehandlung zu Ungunsten der Vereinigten Staaten einleiten lassen, und Arthur Chamberlain konnte bald in der Lage sein, die ersten Früchte seines Familienvermögens zu ernten. Mittelbar wird es wahrscheinlich für immer der Mehrheit eines Abkommens ein Ende gemacht haben, das den kanadischen Landwirt große Vorteile, besonders durch den Export tierischer Produkte, erschloß und gleichzeitig die englischen Interessen in Kanada zu wahren. Der kanadische Landwirt, dessen politische Macht mittels seiner neuen politischen und wirtschaftlichen Organisationen nach wächst, wird beharrlich nach einer Erneuerung dieser günstigen Beziehungen streben und wird, um sie zu erreichen, Zugeständnisse machen, die die englische Einfuhr aus dem kanadischen Markt sehr beschleunigen können. Das Nichtzustandekommen einer Lösung der irischen Frage verzögert die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den beiden großen anglo-amerikanischen Ländern, und die Republikaner im Kongreß der Union rechnen auf die geschlossenen Zollschranken britische Länder vorzuziehen. Wie schon eingangs erwähnt, können diese Verhältnisse für die gesamte europäische Mühlenindustrie von Bedeutung werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn die Riesenmühlfabriken der Vereinigten Staaten auch in den kommenden Zeiten regelmäßig den Verkauf der kanadischen Manitoba-Weizen zollfrei verabschieden und nach Europa exportieren können, daß dann der diesseitige Bezug des Manitoba-Weizens zu großem Teil nur in der Form von Mehl und zwar von den schätzbarsten Mehlbeständen der Vereinigten Staaten erfolgen kann, und daß damit deren Herrschaft auf dem europäischen Mehlmarkt wieder übermächtig und die Beschäftigung der diesseitigen Mühle arg geschädigt werden würde.

Hasper Eisen- und Stahlwerk A.G. Geheimrat Klücker über die Lage der Eisenindustrie.

Über die gestern in Haspe abgehaltene ordentliche Generalversammlung erhalten wir von unserem Düsseldorf-Korrespondenten folgenden dratischen Bericht:

Die Versammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10% fest. Der Vorsitzende, Geheimrat Klücker, sprach über die Lage der Eisenindustrie. Die Umstellung aus der Kriegswirtschaft in den Friedensbetrieb hat sich auf unseren Werk leicht ermöglichen lassen, wir sind den größten Teil der Kriegslieferung auf unserer Abteilung „Blechwärker“ eingerichtet hatten. Durch die verringerten Zölle von Kohlen und Koks müßten wir sehr scharf bis zu 70% einsparen und waren deshalb gezwungen, ganze Betriebe, darunter auch das Blechwärkerwerk, stillzusetzen. Die verringerten Mengen seien seit Monaten so eingeschränkt, daß eine weitere Reduktion überhaupt nicht mehr Platz greifen kann, ob eine weitere ganze Gas- und Elektrizitätswirtschaft zu gefährden. In den letzten Tagen müßten bereits mehrfach Betriebsunterbrechungen wegen des Ausbleibens der Kohlen vorgenommen werden. Ich hoffe versichert, daß die Reichskohlenkommission eine stärkere Beförderung unserer wirtschaftsnotwendigen Betriebe vorzuziehen wird, während weitere Unterbrechungen vermieden werden.

Die Marktlage ist zurzeit vollständig ungeklärt. Es herrscht schärfste Nachfrage nach Kohlen und ebenso starke Nachfrage nach allen Sorten der Eisen- und Stahlindustrie. Die Entwicklung der Rohstoffpreise nach oben hat leider noch kein Ende gefunden. Für Erz ist Deutschland jetzt in der Hauptmasse auf Schweden und Französisch-Lothringen angewiesen. Die Erpreise werden durch die Bewegung unserer Valuta beherrscht, während der Kriegszeit während der Verlecherung derselben sind dieselben steigend. Infolgedessen bleibt auch der Rohisenmarkt nach oben gerichtet und zwar in der letzten Zeit um so mehr, als auch in der Kriegszeit in Zwangswirtschaft gewesene Art Schrott anscheinlich, sprunghaft Erhöhungen durchgemacht hat. Die Entwicklung des Schrottmarktes, welche während der Kriegszeit eine zwischen der Vereinigung der Martinwerke und den Schrotthandelsfirmen unter Führung des Kommissars des Exportzollens und der Verabredung auf einen niedrigen Niveau gehalten worden war, hat, nachdem die Vereinigung der Schrotterbrücker dieses Gebilde plötzlich aufgelöst hat, deutlich gezeigt, daß die heutige Marktlage noch nicht geeignet ist, die von vielen meiner Freunde zur Beseitigung der Mißstände beim Vertrieb der Fabrikate gewünschte freie Wirtschaft zu ertragen. Die Erfahrungen der freien Lederwirtschaft aus den letzten Monaten sind durch den Schrottmarkt bestätigt worden. Ich billige deshalb auch die Maßnahmen der Regierung, welche weitere Erhöhungen in Aussicht fassen müssen, weil der ganze Weltmarkt nach oben liegt und Ansätze für einen Sturz nicht absehbar sind.

Nützlich scheint mir zu sein, daß die Regierung die Ausfuhr in allen Eisenarten vollständig frei gibt. Ganz abgesehen davon, daß die Industrie die Ausfuhr nach Kräfte erspart, um Devisen zur Bezahlung der herbeizunehmenden Güter zu bekommen, wird bei freier Ausfuhr die Nachfrage aus dem Ausland nicht nur in der bisherigen Stärke fortbestehen bleiben, sondern ein großer Teil der Inlandsnachfrage bildet veracete Anfragen für das Ausland.

Ein erheblicher Teil der für Inlandzwecke bestellten Stahlarten geht heute direkt und indirekt über die linke Rheinlinie nach dem Ausland und erfüllt hierdurch nicht den Zweck der besten Verwertung für die produzierenden Werke. Die Regierung muß dies auch weiter mit allen Kräften durcharbeiten, das Loch im Westen zu stopfen.

Eine weitere zwingende Notwendigkeit ist die baldige Ausgestaltung eines Eisen- und Stahlwerksverbandes zu einem alle deutschen Werke umfassenden Stahl-syndikat mit einheitlichen Verkaufsbedingungen und einheitlichen Verträgen im In- und Ausland. Das Stahl-syndikat ist ebenso notwendig wie das Kohlen-syndikat und wird zusammen mit dem Stahl- und Kohlen-syndikat die kommenden schweren Aufgaben zu lösen.

Die Leistungen der Arbeiter haben sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert. Ein großer Teil der Betriebe hat das Akkordsystem wieder eingeführt; die Arbeiter empfinden von Woche zu Woche mehr, daß dasselbe nur zu ihrem eigenen Heile dient. Infolgedessen hat die Betriebe steigende Leistungen, die zu einer wesentlichen Verbesserung der ganzen Lage beitragen müssen, wenn es in schnellerer Weise gelingen werden diese Kohlenförderung zu heben. Gleichgewichts befinden sich die rheinisch-westfälischen Gruben in guter Fortentwicklung bezüglich der Förderung. Der von allen Seiten prophezeite Zuzug der Arbeiter nach den Zechen hält an, die Leistungen der Bergarbeiter steigen ebenfalls und infolgedessen kann wohl bei sämtlichen Zechen von einer langamen Besserung der Förderleistungen gesprochen werden. Wenn dieser Zustand anhält, was aber nur möglich ist, falls diese Zechenverhältnisse gering, im Laufe des Winters in großem Maße Wohnungen der neuen Belegschaften zu errichten, dann kann man vielleicht in der heutigen traurigen Zeit den Optimismus besitzen, daß man im April/Mai nächsten Jahres eine Besserung der Lage zu erwarten hat. Ich habe diese Hoffnung um so mehr, als man doch immer mehr den Eindruck gewinnt, daß die Krankheit, welche durch den Weltkrieg in die Betriebe und in den Stahl- und Kohlenbetriebe gebracht hat, allmählich verschwindet. Ausstände werden selbstverständlich auch in der nächsten Zeit noch immer auf vielen Stellen eintreten, wir haben diese zu besten jetzt wieder in Berlin, wo eigentlich ohne jeden Grund ein Streik von mehreren Wochen ins Leben gerufen worden war, meines Erachtens werden diese Streiks aber bald auf die Dauer abgeschlossen, denn die Arbeiter müssen sich überzeugen, daß auch ihr Wohl nur in der Arbeit liegt und daß wir nur prosperieren können, wenn Ordnung, Ruhe und das ernste Gefühl in jeder herrschen, daß wir aus dem wirtschaftlichen Chaos, in welchem wir uns befinden,

G. M.

